

DIE LINKE fordert:

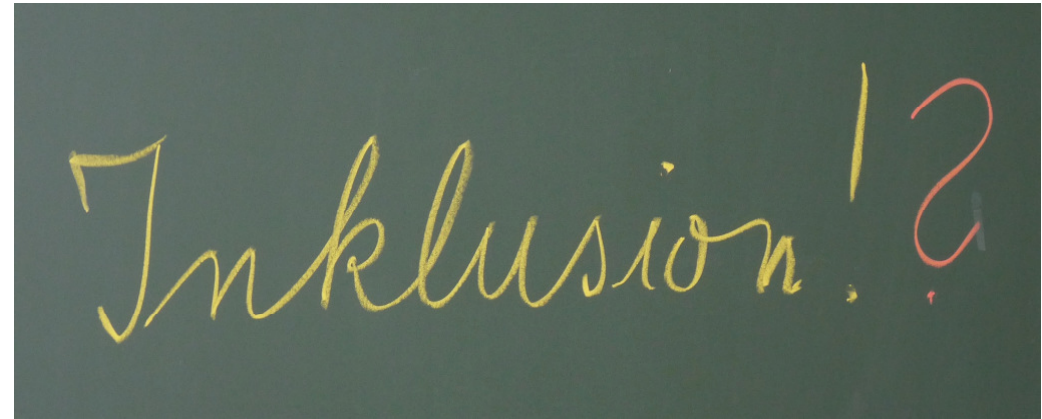
- Eine nachträgliche Erhöhung des Bildungshaushalts für 2012/2013 um mindestens 60 Millionen EURO. Damit läge Bremen trotzdem immer noch weit unter den Versprechungen des Dresdener Bildungsgipfels, zehn Prozent des BIP's für Bildung einzusetzen.
- Die sofortige Einstellung von weiteren 100 LehrerInnen und 100 SozialpädagogInnen für die Umsetzung der Inklusion, keine Reduzierung der Referendarsausbildung.
- Sofortige Baumaßnahmen, um Menschen und Raum für Differenzierung und soziale Begleitung zu schaffen.
- Sofortige Fortbildung für LehrerInnen.
- Mittelfristig ein Konzept, dass eine tatsächliche längere gemeinsame Beschulung **aller** SchülerInnen bewirkt.

Seit 20 Jahren kürzt der Senat die Ausgaben, dennoch steigt die Neuverschuldung Jahr für Jahr. Dafür werden aber alle öffentlichen Leistungen schrittweise an die Wand gefahren. Hier muss ein Umdenken stattfinden! Weg mit der Schuldenbremse!

DIE LINKE.
Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

E-Mail: mail@linksfraktion-bremen.de
Web: www.linksfraktion-bremen.de

V. i. S. d. P.: Michael Horn
Foto: Dieter Schütz / pixelio.de



An inklusiven Schulen werden alle SchülerInnen gemeinsam unterrichtet, Vielfalt und Unterschiedlichkeit als Chance begriffen, und das Menschenrecht auf gleichberechtigte Teilhabe und individuelle Entwicklung umgesetzt.

Inkludiert, eingeschlossen in den ‚regulären‘ Unterricht, werden Kinder und Jugendliche, die eine besondere Förderung benötigen, etwa auf Grund von körperlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen. Von diesem Menschenrecht auf gleiche Teilhabe in Bildung und Gesellschaft könnten alle profitieren. Denn Inklusion stärkt in dem selbstverständlichen Miteinander soziale Kompetenzen und hilft gegen alltägliche Ausgrenzung und Stigmatisierung.

Die Vereinten Nationen haben in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen Inklusion als zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe festgeschrieben. Bremen müsste nun damit beginnen, die Schulen hin zu diesem Ziel zu entwickeln.

Soweit die Theorie...

... die Praxis sieht aber anders aus.

Zwar werden die alten Förderzentren aufgelöst, SchülerInnen mit besonderen Förderbedarfen werden zukünftig also nicht mehr in perspektivlose Restschulen geschickt. Beim nächsten Schritt, der die Schulen in Bremen fit machen müsste für die Herausforderungen bei der Umsetzung der Inklusion, gerät die Bildungsbehörde dann schon ins Stolpern:

Wie viele zusätzliche Lehrer, Psychologen und Sozialpädagogen tatsächlich an die Schulen kommen, steht überhaupt noch nicht fest.

- Klar ist nur, dass die zur Verfügung stehenden Gelder für gute Betreuungs- und Unterrichtsqualität nicht reichen werden.

Woher kurzfristig qualifiziertes Personal kommen soll, steht überhaupt nicht fest.

- Klar ist nur, dass LehrerInnen mit dem Schwerpunkt Sonderpädagogik bundesweit fehlen. Bremen laufen wegen des unterfinanzierten Bildungsressorts die eigenen Referendare weg, weil es keine Übernahmesicherheit gibt. Auch ein geplantes Weiterbildungs-Programm für die bereits unterrichtenden LehrerInnen wird aus Kostengründen verzögert.

Wo vorübergehende Kleingruppenbetreuung von SchülerInnen stattfinden soll, die nicht den ganzen Schultag über aufmerksam dem Unterricht im Klassenverband folgen können, steht überhaupt nicht fest.

- Klar ist nur, für An- oder Umbauten gibt es kaum Geld. Also müssen im Zweifelsfall Besenkammern und Flure umgewidmet werden.

Die Politik des rot-grünen Senats verzögert nicht nur die Entwicklung der Schulen hin zu inklusiven Lern- und Betreuungsorten.

Tatsächlich gefährdet der Sparkurs der Landesregierung die Ziele der Inklusion insgesamt: Weil die schulischen Qualitätsstandards nicht erhöht werden, Personal und Sachmittel nicht bereit stehen, weil für Eltern, Lehrer und Schüler keine Verlässlichkeit hergestellt wird, droht für das Projekt das Aus. Noch bevor überhaupt richtig mit der Umsetzung begonnen werden konnte.

Denn so, wie es heute ist, verliert die Inklusion an Akzeptanz. Anstatt die Chancen einer inklusiven Schule für Alle zu ergreifen, d.h. sie dann auch finanziell zu unterfüttern, baden LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen aus, dass eine weitere bildungspolitische Großbaustelle entsteht.

Zudem hat das Ganze von Anfang an einen Systemfehler: weil die durchgängigen Gymnasien erhalten wurden, werden eben nicht an allen Schulen alle SchülerInnen inklusiv beschult.

Das Schulgesetz sieht zwar vor, dass alle Schulen inklusive Schulen sind, faktisch erreichen SchülerInnen, die z. B. Lernschwierigkeiten haben, aber nicht die Leistungsstandards, mit denen sie an Gymnasien angemeldet werden können. Oberschulen sind die Schulen, an denen eine inklusive Schule vorgesehen ist. Das fördert zum einen per se weitere Selektion, zum anderen droht angesichts der fehlenden finanziellen Unterfütterung der Inklusion eine Abstimmung mit den Füßen hin zu den Gymnasien. Hier muss der Bremer Senat schnell gegensteuern.

Die Linksfraktion hatte bei den Haushaltsverhandlungen beantragt, die Mittel für die Schulreform bereit zu stellen. Die Bildungsbehörde braucht mindestens 300 zusätzliche Lehrerstellen insgesamt, davon ungefähr 100 für die Inklusion, 100 zusätzliche SozialpädagogInnen und circa fünf Mio. EURO pro Jahr für die nötigen baulichen Maßnahmen. Alle Anträge wurden abgelehnt, obwohl man die zusätzlichen Kosten hätte aufnehmen können, ohne den Haushaltskonsolidierungspfad zu verletzen.